



Umstritten: Ein Entwurf des am ungarischen Ufer des Neusiedler Sees geplanten touristischen Megaprojekts bei Fertőrákos

Projekt Fertőrákos: Prüfung der Umweltverträglichkeit gefordert

VON MICHAEL PEKOVICS

Neusiedler See.

Gegen das am ungarischen Ufer geplante Projekt formiert sich Widerstand.

Der KURIER-Bericht vom Juli über das am ungarischen Ufer des Neusiedler Sees geplante touristische Megaprojekt bei Fertőrákos schlägt weiter hohe Wellen. Nach den „Freunden des Neusiedler Sees“ in Sopron bringen sich nun auch in Österreich Gegner des Projekts in Stellung. Heute, Mittwoch, findet in Mörbisch eine Pressekonferenz zum Thema statt. Eingeladen hat Wolfgang Pelikan, Vorsitzender des nationalen Ramsar-Komitees Österreich. Mit dabei ist neben zahlreichen Persönlichkeiten aus Ungarn und Österreich auch der Landschaftsökologe Christian



Unsichere Zukunft: Häuser am Neusiedler See bei Fertőrákos

Schuhböck, Generalsekretär der Naturschutzorganisation „Alliance for Nature“. Er stellt sich immer wieder gegen Projekte, die Weltkulturerbestätten bedrohen. Zuletzt trat er etwa auch beim umstrittenen Hochhausprojekt am Wiener Heumarkt auf den Plan. In Fertőrákos sieht er die Notwendigkeit einer grenzüberschreitenden Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) oder Naturverträglichkeitsprüfung (NVP), wie er dem KURIER erklärt. Auch die burgenländische Landesregierung hat diesbezüglich schon in Ungarn angefragt, allerdings erfolglos. „Die Anfrage wurde von Ungarn mit dem Hinweis, das eine solche nicht nötig sei, abgelehnt“, heißt es aus dem Büro der zuständigen Landesrätin Astrid Eisenkopf (SPÖ). „Angesichts des besonderen Schutzstatus der Region rund um den Neusiedler See

kann ich mir nicht vorstellen, dass das Projekt ohne UVP oder NVP umgesetzt werden kann“, sagt Schuhböck: „Laut den uns vorliegenden Informationen über das wirklich groß angelegte Projekt in Ungarn ist eine Prüfung nach Rücksprache mit unseren Rechtsanwälten unumgänglich.“

Wenig Hoffnung

Die Anfrage der burgenländischen Landesregierung und die Bemühungen des österreichischen Nachhaltigkeitsministeriums hinsichtlich einer UVP bewertet er eher negativ, denn: „Ich habe die Befürchtung, dass sich weder Land noch Bund mit Ungarn anlegen möchten. Einerseits wegen der Sorge um die zwischenstaatlichen Beziehungen, andererseits um sich den Vorwurf aus Ungarn zu ersparen, dass ja auch in Österreich derartige Tourismusprojekte gebaut werden (neues Hotelprojekt in Neusiedl mit 70 Zimmern, Anm.).“

LANDESRECHNUNGSHOF

Seniorenheim bleibt Strem's finanzieller Mühlstein

Prüfbericht. Neues Sanierungskonzept verlangt



Burgenland intern

VON THOMAS OROVITS

Die vielleicht beste Nachricht zur Gebarung der Marktgemeinde Strem findet sich auf Seite 146 des 167-seitigen Prüfberichts des Landesrechnungshofs (BLRH): Die Pro-Kopf-Verschuldung der 900-Einwohner-Kommune im Bezirk Güssing sinkt. Stand 2015 jeder Stremer vom Säugling bis zum Opa mit 6.901 Euro in der Kreide, waren es 2017 „nur“ 6.284 Euro. In der Finanzstatistik aller 171 Gemeinden konnte sich Strem damit zuletzt vom letzten auf den vorletzten Platz hangeln. Solche Lichtblicke bleiben aber die Ausnahme.

Nach den Städten Neusiedl/See und Mattersburg hat sich der BLRH im Rahmen seiner Gemeinde-Prüfkompetenz der kleinen Marktgemeinde mit dem großen Schuldenstand gewidmet. Fazit der Kontrolloren nach Prüfung der Jahre 2014 bis 2017: Das Sanierungskonzept der Gemeinde sei „nicht realisierbar“, weshalb ein neues Konzept, das „alle zukünftigen Einnahmen und Ausgaben vollständig und realistisch berücksichtigt, unumgänglich“ sei.

Dass die nahe der ungarischen Grenze gelegene Gemeinde so dasteht, hat einen Grund: das 2004 eröffnete Seniorenzentrum. 86 Prozent der offenen Darlehensschulden von 5,6 Millionen Euro (inklusive Schweizer Frankenkredit) entfielen 2017 auf das Zentrum, das vor rund zehn Jahren schon einmal Gegenstand eines Rechnungshofberichts war.

Damals ging es um die Bewilligung einer Kreditaufnahme für den Bau des Heimes, die Landes-SPÖ warf

dem Koalitionspartner ÖVP „Vertrauensbruch“ vor und löste – auch deshalb – den Landtag vorzeitig auf.

Der seit 2007 amtierende Bürgermeister Bernhard Deutsch (ÖVP) hat das Seniorenzentrum von seinem Vorgänger geerbt, steht aber tapfer zu diesem Mühlstein. Er wird nicht müde zu betonen, das vom Samariterbund geführte Haus sei mit 60 Bewohnern voll belegt, was nicht nur den Bevölkerungsstand mehr, sondern der Gemeinde via Kommunalsteuer zusätzliche Einnahmen bringe. Insofern habe ihn der Rechnungshofbericht nicht überrascht, „weil wir unsere Problemfelder kennen“.

Dass sich Strem mit dem Neubau von Kinderkrippe, Kindergarten und Volksschule (gemeinsam mit der Nachbargemeinde Heiligenbrunn) noch mehr Schulden aufhalsen könnte, glaubt Deutsch nicht. Das 4,5 Millionen-Euro-Projekt soll junge Familien in die entlegene Region bringen, hofft er. Ob's vom Land genehmigt wird, ist indes noch offen, am 20. August folgt ein Termin beim Landeshauptmann.

Rechnungshof-Direktor Andreas Mihalits, dessen Prüfer von diesen Plänen nicht informiert wurden, appelliert vorsorglich, ein „weiteres Abdriften in die Schuldenspirale zu vermeiden“. Und Gemeinde-Landesrat Christian Illedits (SPÖ) erinnert daran, das Land als Aufsichtsbehörde habe Strem aufgetragen, „die Gemeindefinanzen nachhaltig zu konsolidieren“. Das sei „aber nicht abgeschlossen und muss langfristig weitergeführt werden“.



Strem's Ortschef Deutsch: „Sanierungsplan wird erneuert“

WIEN

Schuss bei der Lugner-City: Auslöser war ein missglückter Autokauf

Prozess. Es war am helllichten Tag, als in unmittelbarer Nähe zur Lugner-City ein Schuss hallte. Ein Albaner sackte getroffen zusammen. Mehrere Männer ergriffen die Flucht. Das Opfer überlebte. Seit Dienstag steht der angebliche Schütze in Wien vor Gericht: Ein 35-jähriger Serbe. Doch der bestreitet, geschossen zu haben. Und sein Anwalt Philipp Wolm sieht weitere Ungereimtheiten – unterschiedliche Ergebnisse durch Gutachter, unterschiedliche Zeugenwahrnehmungen und ein fehlendes Motiv.

Fest steht: Am 3. Dezember des Vorjahres trafen vor der Lugner-City Albaner und

Serben aufeinander. Grund für das Treffen war eigentlich ein missglückter Autokauf.

Aus einer Aussprache wurde eine Massenschlägerei. Die Männer gingen unter anderem mit diversem Werkzeug aufeinander los. Nenad K. soll laut Anklage eine Pistole eingesteckt haben. Die

wurde allerdings nie gefunden. Und es wurden bei ihm auch keine Schmauchspuren festgestellt. Gestern sprach das Opfer (das zuerst einen anderen Mann als Täter identifiziert hatte) zudem erstmals von zwei bewaffneten Männern. Der Prozess wird fortgesetzt.



Nenad K. (mit Anwalt Wolm) bestreitet Schuss. Gutachter widersprechen Aussagen des Opfers

WIEN

Bankberater genierte sich für Finanzkrise und soll Geld verschoben haben

Prozess. Der 53-Jährige war ein beliebter Bankberater. Er pflegte enge Beziehungen zu seinen Kunden, machte Hausbesuche, wurde von einer Dame sogar ins Testament geschrieben. „Er wollte als besonders versierter und erfolgreicher Kundenberater dastehen“, erklärt sein Anwalt Herbert Eichenseder am Dienstag im Landesgericht Wien.

Die Finanzkrise 2008 allerdings war eine persönliche Tragödie für den Wiener. Seine Kunden verloren sehr viel Geld. „In einem Fall waren da nur mehr 800.000 Euro statt drei Millionen am Konto“, sagt Eichenseder. Das war dem Bank-Mitarbeiter mehr

als unangenehm. Er traute sich nicht, seine Kunden darüber zu informieren. Und so soll er begonnen haben, Geld von anderen Kundenkonten hin und her zu verschieben – und die Verluste zu verschleiern. Zudem gewährte er Kunden laut Staatsanwalt übermäßig hohe Zinsen. Zu beiden Vorwürfen ist der Mann geständig.

Geld im Schrank

Allerdings bestreitet er, auch für sich selbst Geld von Kundenkonten behoben zu haben. Er habe etwa für eine Kundin 200.000 Euro in bar behoben und ihr daheim in den Schrank gelegt, sagt er. Einen Zweitschlüssel hatte

der Mann tatsächlich. Die 81-Jährige allerdings erklärt, nie so viel Geld erhalten zu haben. „Dafür hätte ich gar keinen Bedarf gehabt.“ Auffällig ist, dass der Mann genau zu dem Zeitpunkt eine Wohnung erstand.

Der Gesamtschaden beträgt laut Anklage 1,8 Millionen Euro. Insgesamt elf (betroffene) Kunden sollen geschädigt worden sein. Einen großen Teil des Schadens hat der Angeklagte schon wieder gut gemacht. Er hat nach Bekanntwerden der Vorwürfe einen neuen Job angetreten: Er ist jetzt Seniorenbetreuer.

Der Prozess wird am Mittwoch fortgesetzt.

– MICHAELA REIBENWEIN